

Proteste gegen das Streikverbot

1000 Menschen fordern Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts

Magdeburg (epd/WB). Etwa 1000 Menschen haben am Freitag in Magdeburg gegen das kirchliche Arbeitsrecht und damit auch gegen das bei Kirchen und Diakonien herrschende Streikverbot protestiert. Zudem forderten sie Tarifverträge. Aufgerufen zu der Kundgebung auf dem Domplatz hatte die Gewerkschaft Verdi.

Anlass für die Protestaktion unter dem Motto »Streikrecht ist Grundrecht – Dem Wettbewerb Grenzen setzen!« sind Tagungen verschiedener evangelischer Kirchenparlamente in Magdeburg. So soll von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Montag der Entwurf eines Kirchengesetzes zum Arbeitsrecht beraten werden.

Bei den Kirchen werden Löhne und Gehälter nicht zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt. Das Grundgesetz erlaubt vielmehr einen tariflichen Sonderweg, der Gewerkschaften und Streiks aus-

schließt. Was das Streikrecht angeht, hat Verdi vor Gericht schon einmal Recht bekommen.

Im Januar hatte das Landesarbeitsgericht Hamm eine Klage von Kirche und Diakonie gegen einen Streikaufruf der Gewerkschaft ab-

gelehnt und stellte damit das Verbot infrage. Damit hob das Gericht eine Entscheidung des Bielefelder Arbeitsgerichts auf. 2012 muss jetzt das Bundesarbeitsgericht über die Revision entscheiden.

Die Präses der EKD-Synode und Grünen-Bundestagsabgeordnete Katrin Göring-Eckardt verteidigte den »Dritten Weg« der Kirchen. Zugleich forderte sie, »Regelverletzer«, die die Tarife verlassen haben, gegebenenfalls mit Sanktionen zu belegen.



Bei Protesten in Magdeburg forderten 1000 Demonstranten Tarifverträge. Foto: dpa